

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Band: 14 (1922)

Heft: 7

Rubrik: Gewerkschaftliche Delegiertenversammlungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

weisen die Metallarbeiter (800), die Bauarbeiter (738) und die Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (420) auf; zugenommen haben die kantonalen Angestellten (211) und die Steinarbeiter (140). Von den 18,192 Mitgliedern sind 2464 Frauen. Die höchste Mitgliederzahl hatte die Union im Jahre 1918 erreicht (22,182).

Der Bericht unterrichtet ferner über die Tätigkeit des Unionsvorstandes und der übrigen Organe der Arbeiterunion, über die Tätigkeit des Bildungsausschusses und der Zentralbibliothek. Hier sei angeführt, dass im Berichtsjahr total 29,631 Bücher ausgeliehen wurden.

Im Bericht des Gewerkschaftskartells wird Auskunft gegeben über die Tätigkeit des Vorstandes dieser Abteilung und des Sekretariates hinsichtlich Arbeitslosenfürsorge, Lohnabbau, Steuerpflicht der Gewerkschaften usw. Die Auskunftstelle weist eine Frequenz von 4784 Klienten auf; diese holten sich in 6114 Fällen Rat. 15,767 Audienzen waren dazu notwendig. Die Grosszahl der Audienzen betraf Lohnfragen (3538), Kündigungen (2489), Arbeitslosenfürsorge (2332) und Forderungen (1450). Von den Auskunftsuchenden waren 2615 Organisierte und 1880 Unorganisierte.

Die Jahresrechnung der Arbeiterunion schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 858.— ab (bei Einnahmen im Betrage von Fr. 6512.—). Das Gewerkschaftskartell verzeichnet bei einer Gesamteinnahme von Franken 50,000.— einen Ueberschuss von Fr. 2352.—.

Zürcher Oberland. Arbeitersekretariat. Das Arbeitersekretariat des Zürcher Oberlandes hatte laut Jahresbericht 1921 folgende Frequenz aufzuweisen:

Total der Klienten 4553 (3179 Männer und 1374 Frauen). Davon waren 4139 Schweizer und 360 Ausländer; 2978 waren organisiert und 1575 unorganisiert.

Von den 11,000 Audienzen betrafen 10,532 das Zivilrecht (davon 4727 gewerbliche Streitsachen) und 408 das Strafrecht.

Die Betriebskasse des Sekretariates schliesst bei Fr. 2608.— Einnahmen mit einem Passivsaldo von Fr. 18.— ab. Die Jahresrechnung des Arbeiter-Sekretariatsverbandes verzeichnete im Berichtsjahr Fr. 23,934.— Einnahmen und Fr. 21,185.— Ausgaben; das Vermögen belief sich Ende Dezember 1921 auf Fr. 7943.—.



Gewerkschaftliche Delegiertenversammlungen.

Eisenbahner. Unter dem Vorsitz von *Hauenstein* (Zürich) fand am 17. und 18. Juni in *Bern* die IV. Abgeordnetenversammlung des *Schweizerischen Eisenbahnerverbandes* statt. Das Protokoll der letzten Abgeordnetenversammlung wurde genehmigt, ebenso Jahresbericht und Jahresrechnung. Ein Antrag *Zeli* auf Differenzierung der Verbandsbeiträge, ein Antrag *Scherrer* auf Reduktion der Taggelder und ein Antrag *Stauber* auf Reduktion der Zahl der Abgeordneten wurden abgelehnt, da sie zum Teil unzweckmässig und verfrüht oder bereits gegenstandslos waren. Als Verbandspräsident wurde *Genosse Beck* bestätigt, als tessinischer Sekretär *Genosse Zeli* definitiv gewählt. Das Budget wurde einstimmig genehmigt und der Jahresbeitrag auf Fr. 16.— festgesetzt. *Genosse Beck* orientierte darauf über die Schaffung eines Lungensanatoriums für tuberkulöse Eisenbahner. Aus finanziellen Erwägungen kann augenblicklich die Verwirklichung nicht an die Hand genommen werden, doch soll die Frage weitergeprüft werden.

Generalsekretär *Bratschi* referierte über die gewerkschaftliche Situation, indem er besonders auf die Reorganisation der Bundesbahnen, die Arbeitszeitfrage, das neue Besoldungsgesetz, die Teuerungszulagen und die *Lex Häberlin* eintrat. Die Teuerungszulagen waren Gegenstand eines weiteren Referates, in dem

der Referent betonte, dass sich der Verband mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einem verfrühten und ungerechtfertigten Lohnabbau widersetzen werde. An der Diskussion beteiligten sich Votanten aus allen Kreisen des Personals. Einmütig wurde die bisherige Stellungnahme der Verbandsbehörden gutgeheissen. In allen Voten kam der feste Wille zum Ausdruck, mit aller Kraft für auskömmliche und annehmbare Arbeitsbedingungen einzustehen. Eine Resolution, die den Kampf gegen jede Arbeitszeitverlängerung ankündet, die Verantwortung für die Lohnabbaupolitik der Bundesbehörden ablehnt und die sofortige Inkraftsetzung des Besoldungsgesetzes fordert, wurde einstimmig angenommen.

Heizer und Maschinisten. Pflingsten 1922 hielt der Heizer- und Maschinistenverband in *Bern* seine Delegiertenversammlung ab. Vorgängig fand eine Zusammenkunft der Anhänger des Gewerkschaftsbundes statt, an der 45 Verbandssektionen durch 86 Mitglieder vertreten waren. Es wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen:

Die Vorversammlung des Verbandstages der Heizer und Maschinisten der Schweiz stellt nach Anhörung des Berichtes des Initiativkomitees in *Lausanne* fest, dass die Interessen der Heizer und Maschinisten nur innerhalb des Gewerkschaftsbundes wahrgenommen werden können.

Sie appelliert an die Sektionen, innert kürzester Frist Versammlungen einzuberufen und die Gründung einer «gewerkschaftlichen Abteilung» zu beschliessen.

Die Versammlung beschliesst, eine Kommission einzusetzen, die die Vorarbeiten für den Zusammenschluss zu treffen, Statuten auszuarbeiten und den gemeinsamen Anschluss an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund in die Wege zu leiten hat.

Diese Kommission hat sich aus Mitgliedern des Initiativkomitees und der Sektion *Bern* gebildet und wird die genannten Arbeiten beförderlichst in Angriff nehmen. Hoffen wir, dass dadurch der Wunsch der Grosszahl der Mitglieder des Heizer- und Maschinistenverbandes der Schweiz in die Tat umgesetzt werden kann.

Holzarbeiter. Mitte Juni fand in *Zürich* die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes statt. Verbandspräsident *Hohner* hiess die Delegierten willkommen; darauf folgten die Begrüssungsansprachen der anwesenden Gäste. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der Kassenbericht und der Bericht der Beschwerdekommision wurden nach kurzen Bemerkungen einstimmig genehmigt. Es folgte die Delegiertenversammlung der Krankenkasse und die Beratung der hierher gehörenden Anträge. Mit grosser Mehrheit wurde ein Antrag auf Auflösung der Frauenkrankenkasse angenommen, da diese Institution ihren Zweck, die Frauen für gewerkschaftliche Ziele zu gewinnen, nicht erfüllte.

In der zweiten Sitzung referierte *Genosse Reichmann* über Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Die Diskussion gab den Delegierten Gelegenheit, sich eingehend über diese Fragen und über die kürzlich zum Abschluss gekommene Holzarbeiter-Aussperrung auszusprechen. Alle Redner wiesen auf die Bedeutung des Kampfes hin und stimmten im allgemeinen dem Vorgehen des Verbandsvorstandes zu. Dessen Taktik wurde gutgeheissen und die seinerzeit beschlossenen Kampfmassnahmen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit bestätigt.

Der Verbandstag behandelte darauf die Anträge zu den Statuten. Die Massregelungs- und Inhaftiertenunterstützung soll in Zukunft bis 50 Prozent des Lohnes betragen. Die Bau- und Holzarbeiterzeitung soll in deutscher, französischer und italienischer Sprache erscheinen. Die Statuten des neuen Bau- und Holzarbeiterverbandes wurden schliesslich mit wenigen Modifikationen angenommen. Die Wahl der Verbandssekretäre vollzog sich in bestätigendem Sinne. Darauf schloss der Vorsitzende

den Verbandstag, indem er dem alten Holzarbeiterverband einige Abschiedsworte widmete und ein Hoch auf den neuen Bau- und Holzarbeiterverband ausbrachte.

Telephon- und Telegraphenarbeiter. Am 26. und 27. Mai fand in *Freiburg* der diesjährige Verbandstag der eidg. Telephon- und Telegraphenarbeiter statt. Es waren daran 37 Sektionen durch 52 Delegierte vertreten. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung wurden genehmigt, ebenso der Bericht der Beschwerdekommision. Als Vorort wurde Bern bestätigt; die Geschäftsprüfungskommission wird von den Sektionen Wil-Thurgau, Winterthur und Yverdon, die Beschwerdekommision von den Sektionen St. Gallen und Chaux-de-Fonds bestellt.

An den weiteren Verhandlungen beschäftigte sich der Verbandstag mit den Arbeiterentlassungen, dem Anstellungsverhältnis, der Vergebung von Installationen an Privatunternehmer und anderen beruflichen Fragen. Ein Antrag des Zentralvorstandes, die Widerstandskasse in eine Widerstands- und Unterstützungskasse zu erweitern, wurde lebhaft bekämpft. Die Widerstandskasse soll ihrem Zweck nicht entfremdet werden; es wird pro Mitglied ein Beitrag von Fr. 5.— beschlossen.

Textilarbeiter. Am 17. und 18. Juni tagte in Basel die Delegiertenversammlung des Schweiz. *Textilarbeiter-Verbandes*, der zu verschiedenen gewerkschaftlichen Streitfragen Stellung zu nehmen hatte. Jahresbericht und Jahresrechnung 1920/21 wurden genehmigt. Eine Abfuhr holten sich die unentwegten Kommunisten. Nach langer Diskussion nahm der Verbandstag mit 96 gegen 15 Stimmen die Anträge der *paritätischen Kommission* über Taktik und Richtlinien an; ebenso stimmte er der beantragten Stellungnahme zur Zellen- und Fraktionbildung zu, die als organisationsschädlich bezeichnet wurden. Im fernern wurde die Schaffung einer Krisenkasse für notleidende Mitglieder, eine Rückvergütung von 5 Prozent der Einzahlungen aus Beiträgen an die Sektionskassen, sowie eine Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen.

Als Sitz des Verbandes wurde Zürich bestimmt. Der Zentralvorstand wird nunmehr so bestellt, dass er sich zusammensetzt aus Vertretern des Sekretariats und sieben Vertretern der Sektionen von Zürich und Umgebung. Als Verbandspräsident wurde Genosse *Marti*, als Verbandskassier Genosse *Moser* bestätigt. Der Verbandsausschuss wird von den Sektionen Winterthur, Thalwil und Wädenswil bestellt. Die Zentral- und Kreissekretäre wurden einstimmig bestätigt.

Typographenbund. An den Pfingstfeiertagen fand in *Luzern* die diesjährige Delegierten- und Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes statt. Die *Delegiertenversammlung* war von 57 Delegierten besucht; ausser Freiburg und Yverdon waren alle Sektionen vertreten. Von den gefassten Beschlüssen seien folgende hervorgehoben: In bezug auf den Tarifentwurf nahm die Delegiertenversammlung ein Referat entgegen. Die Diskussion förderte mancherlei Wünsche und kritische Äusserungen zutage; im allgemeinen kam der Wille zur Wahrung der Gesamtinteressen der Gehilfenschaft darin zum Ausdruck. Die verschiedenen Anträge wurden der Tarifkommission zur Verarbeitung überwiesen. In das Erweiterte Zentralkomitee wurde mit 33 Stimmen O. Bieber, Langenthal, gewählt.

Die *Generalversammlung* war von zirka 500 Mitgliedern besucht; insgesamt waren 5396 Stimmen vertreten. Der Geschäftsbericht des Zentralkomitees wurde nach einigen kurzen Bemerkungen genehmigt. Ebenso wurde die Jahresrechnung gutgeheissen. Ein Antrag der Sektion Bern auf Erhöhung der Invalidenunterstützung um Fr. 5.— mit 3432 gegen 1793 Stimmen angenommen. Im fernern nahm die Generalversammlung mit Entschiedenheit Stellung gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Der Typographenbund ist gewillt, mit

allen Mitteln eine Durchbrechung der 48stundenwoche zu verhindern. Nach Erledigung einiger Anträge aus den Sektionen wurde die Generalversammlung geschlossen. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde Bern bestimmt.



Aus Unternehmerverbänden.

Schweiz. Gewerbeverband. Am 27. und 28. Mai tagte in *Brunnen* die ordentliche *Jahresversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes*. 264 Delegierte aus 119 Sektionen hatten sich dazu eingefunden, ausserdem nahm eine grosse Zahl von Regierungsvertretern daran teil. Dr. Tschumi hielt die Eröffnungsrede, in der er mit warmen Worten der «Notwendigkeit» des Lohnabbaues und der Reduktion der Arbeitslosenunterstützung gedachte. Im fernern hielt er dem Mitte Mai vom Berner Volk beerdigten Handels- und Gewerbegesetz einen Nachruf, wobei er feststellte, dass unter diesen Umständen der Zeitpunkt für ein eidgenössisches Gewerbegesetz noch nicht gekommen sei. Von den Verhandlungen sei folgendes wiedergegeben:

Jahresbericht und Jahresrechnung wurden diskussionslos genehmigt. Zum Thema Statutenrevision wurde ein Antrag angenommen, wonach sich der Verband zusammensetzt aus den Berufsorganisationen der *Inlandindustrie* und des selbständigen Handels (vorherige Fassung: Kleinindustrie). Dagegen wurde ein Antrag, wonach örtliche Gewerbevereine nicht mehr selbständig, sondern durch das Mittel der kantonalen Gewerbeverbände dem Schweizerischen Verband angehören können, mit 103 gegen 61 Stimmen abgelehnt. Ueber *Lohn- und Preisabbau* referierte Dr. Cagianut, der Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Forderungen: Die öffentlichen Betriebe haben sich dem Preisabbau der Privatwirtschaft anzuschliessen; mit dem Preisabbau dürfe nicht eine Verschlechterung der Submissionsgrundsätze verbunden werden, und ferner «müssen die Lasten vom Unternehmer genommen werden, die ihm durch Unfallversicherungsprämien, Arbeitslosenfürsorge, schablonisierte verkürzte Arbeitszeit und Mieterschutzbestimmungen auferlegt sind». Man sieht: die Herren vom Gewerbe sind ausserordentlich bescheiden. Dass die *Zollinitiative* keine Anhänger fand, ist durchaus begreiflich; einstimmig wurde Ablehnung beschlossen, weil der Gewerbeverband nicht am Aufbau eines Staates mithelfen wolle, in welchem man das *heilige Naturrecht* des Privateigentums in solcher Art verletzen wolle.

Ebenso beschloss die Versammlung mit allen gegen eine Stimme Ablehnung der Wählbarkeitsinitiative. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde Freiburg bestimmt. Unter allerhand Unterhaltungen und Lustbarkeiten nahm die «sorgenschwere Tagung» ihr Ende.

Literatur.

Verkehr. Die Sommer-Ausgabe des *Blitz-Fahrplan*, gültig vom 1. Juni 1922 an, welche soeben wiederum im Verlage des Art. Instituts Orell Füssli in Zürich erschienen ist, enthält ausser den Fahrzeiten für Eisenbahn, Dampfschiff, Post, Strassenbahn und Automobil alle neuen Taxen und Anschlüsse von und nach Zürich, die Zugnummern, die Wagenklassen, die Abfahrts- und Ankunftsperrens bei jedem Zug und schliesslich noch die Posttaxen sowie wertvolle Mitteilungen über die städtischen Verkehrseinrichtungen.

Der Preis der neuen Ausgabe des «Blitz-Fahrplan», welche in allen Buchhandlungen, Papeterien, in Kiosken und an den Billettschaltern zu haben ist, beträgt Fr. 1.30.